



POSITIONEN DER VERBANDLICHEN ZENTRALSTELLEN

Freiwilligendienste stärken

POSITIONEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021

Freiwilligendienste sind ein Erfolgsmodell. Jahr für Jahr entscheiden sich 100.000 zumeist junge Menschen für ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ), einen Bundesfreiwilligendienst (BFD) oder ein Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ).¹ Freiwilligendienste sind angewiesen auf politische Rahmenbedingungen, die Demokratie stärken und sozialen Zusammenhalt fördern. Freiwillige übernehmen Verantwortung für sich und andere und schaffen damit die Basis für ein demokratisches Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Das solidarische Miteinander in der gegenseitigen Unterstützung sowie der Grundsatz der Freiwilligkeit sind dabei grundlegend.

Gemeinsinn fördern – Angebote des freiwilligen Engagements weiterentwickeln

Während der Corona-Pandemie haben die Freiwilligendienste erneut unter Beweis gestellt, wie wertvoll sie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind. In dieser Ausnahmesituation haben Freiwillige einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Pandemie geleistet. Für viele junge Menschen wurden die Freiwilligendienste zu einer sinnstiftenden Alternative zu einer verschobenen oder abgesagten Ausbildung, einem Studienbeginn im Online-Format oder ausfallenden Auslandsaufenthalten.

Die Erfolgsgeschichte der Freiwilligendienste wird fortgeschrieben. Um die positive Wirkung der Freiwilligendienste für das Gemeinwohl zu erhalten und zu erweitern, müssen

1) Mit dem Begriff "Freiwillige" werden in diesem Text die Menschen bezeichnet, die einen geregelten Inlandsfreiwilligendienst (FSJ, FÖJ, BFD) ableisten.



Freiwillige, Einsatzstellen, Träger und Zentralstellen Rahmenbedingungen vorfinden, die Bewährtes stärken und gleichzeitig den Raum geben, um Neues zu entwickeln.

Während die aktuelle Diskussion häufig um einen Rechtsanspruch, Dienst- oder Pflichtjahr sowie neue Freiwilligendienstformen kreist, bedarf es einer Stärkung und eines Ausbaus der bestehenden, insbesondere subsidiären Angebote. Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) vorgestellte Konzept des Jugendfreiwilligenjahres liefert dazu viele Anknüpfungspunkte. Freiwilligendienste müssen attraktiv und zugangsoffen ausgestaltet werden, um möglichst vielen Menschen einen Freiwilligendienst zu ermöglichen.

Teilhabe ermöglichen – Engagement anerkennen

Zu den zentralen Forderungen der Freiwilligen gehört die freie Fahrt im öffentlichen Personennahverkehr sowie mit der Deutschen Bahn. Durch kostenfreie oder zumindest deutlich vergünstigte Tickets für Bus und Bahn erhält das gesellschaftliche und ökologische Engagement der Freiwilligen Wertschätzung und Anerkennung. Die Förderung klimafreundlicher Alternativen zum Autoverkehr zeigt der Generation „Fridays for Future“, dass die Politik ihre Wünsche und Interessen berücksichtigt. Wir unterstützen diese Forderung nachdrücklich und erwarten weitere Schritte in diese Richtung.

Freiwilliges Engagement muss und kann seinen Beitrag dazu leisten, gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und soziale Ungleichheit abzubauen. Dazu sind von zentraler Bedeutung: die passgenaue Information und Ansprache

der Zielgruppen, die Schaffung von Zugängen und der Abbau von Zugangshindernissen. Mit dem Ziel der Inklusion müssen Freiwilligendienste allen Interessierten offenstehen. Notwendig hierzu ist der Aufbau und die Finanzierung einer Koordinierungsstelle Diversität und Inklusion bei einer zivilgesellschaftlichen Zentralstelle für Freiwilligendienste. Der Mehrbedarf von Freiwilligen mit einer Behinderung (inkl. Assistenzdienste) ist zudem im Sinne eines Anrechts auf gleichberechtigte Teilhabe zu erstatten.

Darüber hinaus bestehen an unterschiedlichen Stellen Verwaltungsvorschriften, die Zugänge für bestimmte Zielgruppen in die Freiwilligendienste erschweren.

- Die Kostenheranziehung für junge Erwachsene im SGB VIII gilt es abzuschaffen. Das Taschengeld sollte zudem nicht auf die Grundleistung für Arbeitssuchende angerechnet werden. Damit wird das Engagement der Freiwilligen anerkannt.
- Bei einer Entscheidung über Wohngeldansprüche sollte ein Freiwilligendienst als „nicht nur vorübergehende Abwesenheit“ anerkannt werden, so dass bei einer eigenen Wohnung in der Regel ein einheitlicher Anspruch auf Wohngeld besteht.
- Freiwillige, die in einem eigenen Haushalt leben, sind von der Rundfunkabgabe (GEZ) zu befreien.
- Die Rahmenbedingungen für das Incoming in den Freiwilligendiensten sind zu verbessern, indem administrative Prozesse im Visa-Vergabeverfahren vereinfacht und Einreise-Visa für die gesamte Dauer des Freiwilligendienstes vergeben werden.

Wir fordern:

- Freiwilliges Engagement weiterentwickeln
- Teilhabe ermöglichen
- Förderung modernisieren
- Politische Bildung stärken
- Jugendfreiwilligenjahr umsetzen

Förderung modernisieren

Freiwilligendienste haben sich in den letzten Jahren verändert: Sie sind zugangsoffener und digitaler geworden und häufig der Einstieg in ein langjähriges soziales Engagement. Die Förderung muss entsprechend angepasst werden und sollte digitale pädagogische Begleitung ebenso umfassen wie das Bewerbungs- und Vermittlungsverfahren, die Öffentlichkeitsarbeit und ein systematisches Ehemaligenmanagement, um den Übergang in ein weiterführendes Engagement nachhaltig zu gestalten. Damit kann auch den Ergebnissen der u_count-Studie der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung entsprochen werden, die besagen, dass junge Menschen zusätzliche Informationen zu den vielfältigen Engagementmöglichkeiten sowie die richtigen Rahmenbedingungen benötigen.

Orte demokratischer Bildung stärken

Freiwilligendienste für junge Menschen sind ein wichtiger Ermöglichungsraum für politische Bildung, wie der 16. Kinder- und Jugendbericht des Bundes ausdrücklich herausstellt. Politische Bildung ist schon lange ein elemen-

terer Bestandteil der Begleitseminare der verbandlichen Zentralstellen. Derzeit sind die Freiwilligen der verbandlichen BFD-Zentralstellen aber verpflichtet, eine Woche politischer Bildung in den Bildungszentren des Bundes abzuleisten. Um dem Subsidiaritätsprinzip gerecht zu werden und die pädagogische Begleitung aus einer Hand zu gestalten, müssen den Trägern und verbandlichen Zentralstellen auch im Bundesfreiwilligendienst die Kompetenzen für die politische Bildungsarbeit vollumfänglich übertragen werden. Der derzeitige Belegungszwang im BFD an den Bildungszentren des Bundes muss abgeschafft werden.

Jugendfreiwilligenjahr umsetzen!

Das BMFSFJ hat Ende 2018 das Konzept eines Jugendfreiwilligenjahres vorgelegt. Freiwilligendienste sollten weiterentwickelt werden, um noch mehr junge Menschen für ein Freiwilligenjahr zu gewinnen. Der Rechtsanspruch für eine Förderung des Dienstes, die verbesserten finanziellen Rahmenbedingungen für Freiwillige durch ein Freiwilligengeld, die Stärkung von Wertschätzung und Anerkennung auch nach dem Dienst sowie verbesserte Rahmenbedingungen für Menschen mit besonderen Lebensumständen, Behinderungen und anderen schwierigen Voraussetzungen sollten in der neuen Legislaturperiode umgesetzt werden.

Bildnachweis:
grafikstudio-hagel.de / 123rf (Titelseite, Seite 2, Bild 1-2)
BKJ (Seite 2/Bild 3-5)

